Nr. 91a
XVIII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
19. Februar 1899

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

23. Sitzung vom 18. Februar, 12 Uhr.

Am Ministertische: Frhr. v. d. Recke und Kommissare, später v. Miquel.

Der Präsident **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung.

Der **Antrag Langerhans** betreffend die **Abänderung der Assistorialordnung** wird in zweiter Lesung berathen.

Abg. **Wolff-Gorki** (kons.) erklärt Namens der konservativen Partei, daß sich ihre Stellung zu dem Antrag seit der ersten Lesung nicht geändert habe; sie würden den Antrag ablehnen.

Abg. Dr. **Irmer** (kons.) bedauert sich gegen die Verschiedenheit der Kirchensteuer bei evangelischen und katholischen Gemeinden. Die letzteren seien stark bevorzugt. In **Paderborn** zum Beispiel beständen ähnliche Zustände wie in Berlin, wo dort zahlten die Katholiken keine Kirchensteuer, die Evangelischen 1 Prozent der Einkommensteuer.

Abg. Dr. **Langerhans** (fr. Vp.):

Die Klagen des Vorredners über Imparität haben mit unserem Antrag nichts zu thun. Wenn solche Mißstände bestehen, müßte die Regierung sie abschaffen. **Jede Konfession sollte für ihre kirchlichen Bedürfnisse allein sorgen.** Es ist eine Tyrannei, die katholischen Gemeinden zu Beiträgen für die Kirchengemeinden heranzuziehen. Ich empfehle Ihnen unseren Antrag als das einzige wirksame, solche Uebelstände zu beseitigen.

Abg. Dr. **Porsch** (Ctr.):

Wir stimmen dem Antrage Langerhaus zu mit dem Erwarten, daß auch anderswo im Reiche ähnlichen Verhältnissen ein Ende gemacht wird. Ich beantrage nunmehr, den Antrag einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Das Haus beschließt einstimmig, den Antrag einer **Kommission von 14 Mitgliedern** zu überweisen.

Danach wird die zweite Berathung des **Etats des Ministeriums des Inneren** beim Kapitel **Landgendarmerie** fortgesetzt.

Abg. Frhr. **v. d. Goltz** (kons.) wünscht, daß der Gendarmerie ihr militärischer Charakter erhalten bliebe.

Das Kapitel wird **genehmigt.**

Zum Kapitel **Strafanstaltsverwaltung** bemerkt

Abg. **Winckler** (kons.):

Zur Unterstützung der Gefangenen und ihrer Angehörigen ist zwar ein Betrag eingestellt für den Fall, daß die Gefangenen bei der Arbeit Verdienstausfall erleiden. Ich möchte aber anheimgeben, ob sich nicht eine Aenderung der Reichsgesetzgebung empfiehlt, daß die **Unfallversicherung** auf die Gefangenen ausgedehnt wird. Wegen der Konkurrenz, die durch Gefängnißarbeit dem kleinen Gewerbetreibenden gemacht wird, empfiehlt es sich, die Gefangenen bei der Landesmelioration zu beschäftigen, wozu man schwer freie Arbeiter bekommt.

Ein **Regierungskommissar** erwidert, daß aus den Ueberschüssen der Gefängnißarbeit ein Fonds zur Entschädigung von Unfällen gebildet werde.

Das Kapitel wird **bewilligt**, desgleichen der **Rest des Etats.**

Es folgt der Etat der **preußischen Centralgenossenschaftskasse.**

Die Einnahme wird ohne Erörterung **genehmigt.**

Es folgt die **Ausgabe.**

Die Kommission (Berichterstatter Abg. Winckler) beantragt unveränderte Bewilligung.

Abg. **v. Bockelberg** (kons.):

Die Geschäftsgebarung der Kasse ist zufriedenstellend. Es ist eine **ausreichende Verzinsung** der staatlichen Einlagen erzielt. Damit ist der Einwurf widerlegt, daß es sich hier um ein **Geschenk** an die **Landwirthe** handele. Aber weit bedeutender als die finanziellen sind die volkswirthschaftlichen und sozialen Folgen. Auch nach dieser wirthschaftlichen Seite ist die Entwickelung der Kasse erfreulich. Die Steigerung des Umsatzes beweist einen **Aufschwung des Genossenschaftswesens,** besonders des ländlichen. Dieser hat sich von der Ausbreitung des Genossenschaftswesens in den Kreisen des Handwerks nicht dasselbe sagen. Der Hauptgrund dafür ist der Mangel an geeigneten leitenden Persönlichkeiten. Es ist bedauerlich, daß sich nicht mehr Leute in angelehener Stellung als Führer dazu finden. Der Finanzminister hat sich ja über den Mißbrauch der ausgeliehenen Gelder an die Kasse günstig geäußert. Danach können wir hoffen, daß die Rückzahlung gut erfolgt. Ist der **Zinsfuß,** den die Kasse bezahlen muß, nicht etwas zu hoch? Ich habe gehört, daß die Kasse das Privatkapital hat in Anspruch nehmen müssen. Durchaus einverstanden bin ich aber damit, daß der Leiter der Kasse im vorigen Jahre nicht dem Diskontsatze der Reichsbank gefolgt